

Aktionäre nehmen Präsidenten von Meyer Burger unter Beschuss

Generalversammlung Verwaltungsratspräsident Alexander Vogel hat persönlich von einer Transaktion des Solarunternehmens profitiert, wie er einräumt. Ein Investor hat ihn deswegen angezeigt.

Adrian Hopf-Sulc

Gehässige Worte gestern im Kongresszentrum in Thun. Dass Meyer Burger seine Aktionäre enttäuscht, ist zwar nichts Neues: Bereits zum siebten Mal in Folge schreibt der Maschinenhersteller rote Zahlen und kann entsprechend keine Dividende ausschütten.

Meyer Burger hat dank seiner Spitzentechnologie in der zukunftssträchtigen Solarbranche immer wieder Investoren gefunden, die frisches Geld eingeworfen haben. Doch nun hat der Verwaltungsrat einen dieser neuen Investoren gegen sich aufgebracht: Petr Kondrashev, ein russischer Milliardär mit Wohnsitz in Österreich. Er hält über seine liechtensteinische Firma Sentic Capital laut eigenen Angaben gut 6 Prozent an Meyer Burger und ist damit der grösste Aktionär.

Kondrashev trat gestern nicht selber in Thun auf, doch seine Vertreter richteten diverse Vorwürfe an den zurücktretenden Verwaltungsratspräsidenten Alexander Vogel. Der Grund: Im März beteiligte sich Meyer Burger am britischen Start-up Oxford PV. Meyer Burger zahlte für die Beteiligung mit eigenen Aktien. Und Oxford PV machte diese Aktien umgehend zu Geld.

Dabei war die Credit Suisse, die Hausbank von Meyer Burger, behilflich: Sie suchte nach Investoren, welche die Aktien übernehmen würden. Als Anreiz wurde verglichen mit dem damaligen Börsenkurs ein Rabatt von 11 Prozent gewährt. Die Credit Suisse bot die Aktionsaktien auch grossen Meyer-Burger-Aktionären zum Kauf an, Kleinaktionäre konnten jedoch nicht profitieren.



Abgang mit Misstönen: Meyer-Burger-Präsident Alexander Vogel, hier im Jahr 2016. Foto: Keystone

Meyer Burger im Sinkflug



Pikant: Gemäss einer Meldung der Börse hat sich auch ein Verwaltungsratsmitglied von Meyer Burger mit den Aktien eingedeckt – und dabei einen Gewinn von 55 000 Franken erzielt. Meyer-Burger-Präsident Vogel outete sich an der Generalversammlung als Käufer der Titel. Sein Aktienkauf sei ein Vertrauensbeweis für Meyer Burger. «Ich bedaure sehr, wenn dies nun in ein schlechtes Licht gerückt wird.» Aus Zeitgründen habe man die Mittel für die Beteiligung an Ox-

ford PV nicht über eine normale Kapitalerhöhung beschaffen können. Unter den Aktionären kam das Argument nur mässig gut an – einer sprach von einem «krassen Insidergeschäft».

Ein anderer Investor, Urs Fähndrich, ist einen Schritt weitergegangen: Er hat Anfang Woche wegen finanzieller Schädigung der Aktionäre Strafanzeige gegen die Verwaltungsräte von Meyer Burger eingereicht. Sowohl die Staatsanwaltschaft Berner Oberland wie auch die

Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich bestätigen auf Anfrage den Eingang von Fähndrichs Anzeige. Nun werde geprüft, wer dafür zuständig sei.

Aufträge an eigene Kanzlei

Der von Grossaktionär Kondrashev beauftragte Wirtschaftsanwalt Thimo Sturny nahm Vogel wegen eines weiteren Punkts unter Beschuss: Meyer Burger bezieht seit Jahren juristische Leistungen bei der Zürcher Anwaltskanzlei Meyerlustenberger Lachenal. Rechtsanwalt Vogel ist Mitinhaber der Kanzlei. «Es ist mehr als unüblich, dass eine kotierte Gesellschaft praktisch ihre ganzen Rechtsdienstleistungen von der Kanzlei des Präsidenten bezieht», sagte Sturny.

Weiter warf Anton Karl, ein Vertreter von Kondrashevs Sentic Capital, den Meyer-Burger-Verwaltungsräten vor, sie hätten eine Erhöhung der eigenen Honorare versteckt. Dies, indem Verwaltungsrat Michael Splinter zum Delegierten ernannt und sein Honorar im Budgetposten der Geschäftsleitung abgerechnet wurde. Dabei habe Splinter gar nie als Delegierter des Verwaltungsrats gewirkt. Operativ habe immer Konzernchef Hans Brändle geführt. Tatsächlich wurde Splinter im Handelsregister nie als Delegierter eingetragen. Vogel verteidigte sich, es gebe «verschiedene Interpretationen» des Begriffs Delegierter.

Kondrashev-Vertreter Karl warf dem Verwaltungsrat «Sandkastenspiele» vor und erntete dafür den Applaus der Aktionäre. Trotzdem: Bei den Abstimmungen stellten sich die Aktionäre hinter Meyer Burger und genehmigten auch den Vergütungsbericht mit 62 Prozent Ja-Stimmen.

Vier Kronzeugen belasten Ex-VW-Chef Winterkorn

Abgasskandal Die Staatsanwaltschaft in Deutschland will den Topmanager wegen Betrugs überführen.

Seine Jobs bei Volkswagen ist der frühere Konzernchef Martin Winterkorn schon lange los. Deutschland verlassen kann er nicht, weil die US-Justiz hinter ihm her ist. Und nun liegt die 692-seitige Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Braunschweig vor.

Gleich vier Kronzeugen bietet die Staatsanwaltschaft auf, um den 71 Jahre alten Ex-Manager des Betrugs an Autokäufern und weiterer Delikte zu überführen. Die Kronzeugen sind zum Teil langjährige VW-Leute, die selbst auf der Liste der Beschuldigten stehen. Sie haben gegen Winterkorn ausgesagt. Dies sollen sie nun vor Gericht wiederholen und bezeugen, dass der Konzernchef nicht erst von den Manipulationen erfahren hat, als die US-Behörden am 18. September 2015 den Abgasskandal enthüllten.

Trotzdem seien weiterhin schmutzige Dieselfahrzeuge als sauber verkauft worden. Winterkorn habe sich gegen eine Offenlegung des Betrugs entschieden und gehofft, die Gesetzesverstös-

se weiter verschleiern zu können. So lautet einer der zentralen Vorwürfe der Anklage.

Am 27. Juli 2015 sollen drei VW-Leute unabhängig voneinander Winterkorn über die Manipulationen informiert haben. Zuerst Bernd Gottweis, Chef des Ausschusses für Produktsicherheit (APS) bei VW. Er will Winterkorn am Telefon gesagt haben, dass VW in den USA «beschissen» habe. Später soll ein Konzernjurist zu «Wiko» ins Büro zitiert worden sein und mit ihm über eine verbotene Software in Dieselfahrzeugen gesprochen haben. Der Jurist will Winterkorn den Rat gegeben haben, es nicht da-



Im Visier der Justiz: Martin Winterkorn. Foto: AP, Keystone

rauf anzulegen, von den US-Behörden überführt zu werden, sondern selbst die Initiative zur Aufklärung zu ergreifen. Und schliesslich will ein in die Manipulationen verwickelter Techniker Winterkorn vor möglichen Schadenersatz- und Strafzahlungen in den USA gewarnt haben.

Der vierte Kronzeuge ist ein führender VW-Techniker. Er will schon im Mai 2015 dabeigewesen sein, als Motorenentwickler Winterkorn gesagt hätten, dass VW bei Dieselfahrzeugen in den USA den Abgasausstoss manipuliere.

Winterkorn behauptet bis heute, er habe nichts von Manipulationen und Betrügereien gewusst. Der 27. Juli 2015 dürfte in einem Prozess gegen Winterkorn und die vier mitangeklagten VW-Leute zum grössten Problem für den Ex-Konzernchef werden.

Anders dürfte es um den Versuch der Anklage stehen, Winterkorn nachzuweisen, dass er schon im Mai 2014 von den Manipulationen wusste – also ein gutes Jahr früher. Eine Notiz von

Gottweis soll das belegen. Doch ist in dem Vermerk nur davon die Rede, dass die US-Behörden einem Verdacht nachgehen könnten. Winterkorn will die Notiz gar nicht gelesen haben. Schliesslich will Gottweis selbst erst Mitte 2015 von dem Betrug erfahren haben. Wie hätte er dann Winterkorn schon 2014 informieren können?

Zwei geständige Techniker

Trotz aufwendiger Ermittlungen haben die Staatsanwälte ausser dieser Notiz keine bedeutende Papierspur gefunden. Das schwächt den Vorwurf ab, Winterkorn und ein weiterer damaliger VW-Manager hätten im November 2014 ein weitgehend wirkungsloses Software-Update gutgeheissen. Die Kosten für das Update in Höhe von 23 Millionen Euro hätten für VW keinen Nutzen gehabt. Insofern hätten Winterkorn und der Manager Firmengelder veruntreut.

Vieles hängt nun an den Kronzeugen, mit denen die Staatsanwaltschaft Winterkorn überfüh-

ren will. Einer von ihnen soll mit auf der Anklagebank sitzen, in einer womöglich jahrelangen Hauptverhandlung. Unter den fünf VW-Leuten, denen der Prozess gemacht werden soll, sind zwei geständige Techniker. Die Idee, sie gemeinsam mit Winterkorn und einer weiteren früheren Konzerngrösse anzuklagen, stammt offenbar von der Staatsanwaltschaft München. Die hat genau das bei der geplanten Anklage gegen Rupert Stadler vor, den Ex-Chef der VW-Tochter Audi. Auch er streitet alles ab.

Manche Verfahrensbeteiligte empfinden dieses Vorgehen als Zumutung für die geständigen Ingenieure, andere verweisen auf die Raffinesse des Vorgehens. Geständige und reuige Techniker im Gerichtssaal zu haben, werde das Klima des Prozesses verändern. Zudem seien diese Ingenieure jederzeit in der Lage, komplizierte technische Vorgänge zu erklären – wie ständig präsente Sachverständige.

Georg Mascolo und Klaus Ott

ABB-Führung erhält einen Denkkzettel

Industrie Nach dem Verkauf der Stromnetzsparte und dem überraschenden Abgang von Konzernchef Ulrich Spiesshofer vor zwei Wochen stand die gestrige ABB-Generalversammlung unter speziellen Vorzeichen. Zu spüren bekam die Unzufriedenheit der Aktionäre Verwaltungsratspräsident Peter Voser. Er wurde mit 90,13 Prozent der Stimmen wiedergewählt, während andere Verwaltungsräte bis zu 97 Prozent Zustimmung erhielten.

Auch der Vergütungsbericht bekam mit 83,68 Prozent Ja-Stimmen einen Zuspruch, den man als Ohrfeige für die Unternehmensführung bezeichnen kann. An der Generalversammlung in der Messe Zürich waren 79,86 Prozent des stimmberechtigten Aktienkapitals vertreten.

Trotz Turbulenzen bei ABB blieben die emotionalen Aktionärsvoten aus. Prominentester Redner war der als Anlegerschützer bekannte Jurist Hans-Jacob Heitz. «Wird ABB zur Schlachtplatte?», fragte er. Heitz kritisierte die aktuelle Strategie, wonach der Traditionskonzern aufgrund des Drucks von Grossaktionären «Tafelsilber verkauft» und den Erlös den Aktionären zurückbezahlt, statt zu investieren. Voser entgegnete ihm, dass ABB mit den verbleibenden Geschäften weltweit führend sein wird. Die vier Sparten seien stark genug, um Wachstum und Übernahmen selber finanzieren zu können.

Zu reden gab auch das Abgangssalär von Spiesshofer, der noch zwei Jahre von der ABB den Lohn erhält und während dieser Zeit nicht für ein Konkurrenzunternehmen tätig sein darf. Wie viel Spiesshofer noch erhält, könne man wegen offener Bonuszahlungen erst im nächsten Jahr sagen, erklärte Voser. Aufgrund des bisherigen Salärs kann der Ex-Konzernchef gesamthaft mit gegen 12 Millionen Franken rechnen.

Für das laufende Jahr sieht Präsident Voser ABB auf Kurs. Er rechnet mit mehr Umsatz und höheren Margen. (eme)

Tesla will bis zu 2,3 Milliarden Dollar aufnehmen

Auto Der US-Elektroautohersteller Tesla strebt nach einem saftigen Verlust zu Jahresbeginn eine Kapitalerhöhung im Volumen von mehr als 2 Milliarden Dollar an. 650 Millionen Dollar sollen durch die Ausgabe neuer Aktien zusammenkommen, 1,35 Milliarden Dollar über Schulden. Zeichner können die Pakete um zusätzlich 15 Prozent aufstocken. An der Börse legte die Aktie deutlich zu. (Reuters)

ANZEIGE

Bauen Sie auch in der Waschküche auf Qualität. LUGA Halle 2

WYSS MIRELLA schweizerisch seit 1909

041 933 00 74 / wyss-mirella.ch/6233 Büron